

---

# **„Expertinnen und Experten des Wandels“**

## **Strategien zur nachhaltigen und vorsorgenden Wasserwirtschaft in der Region**

*Bettina Knothe*

### **Inhalt**

1	Hintergrund	2
2	Nachhaltigkeit und Vorsorge im wasserwirtschaftlichen Kontext	2
3	Wasserwirtschaftliche Steuerungskontexte auf der Ebene der Region	4
	3.1 Nutzungspfade – Quellen- und Senkenbeziehungen im in der Wasserinfrastruktur am Beispiel der Region Dessau – Bitterfeld – Wittenberg	5
	Abwasserbeseitigung – Grundwasser als Senke fehlerhafter Infrastruktursysteme	5
	Unvereinbarkeiten zwischen Stoffwirtschaft und Infrastruktur	6
	3.2 Gestaltungspfade – Perspektiven des professionellen Systems der Wasserwirtschaft auf das Flussgebietsmanagement	7
	3.3 Beteiligungspfade – Wünsche von Konsumenten/innen an eine zukünftige Gestaltung der Wasserwirtschaft	8
4	Expertinnen und Experten des Wandels	9
5	Ausblick	10
	Zitierte Literatur	11

Was können Strategien zur nachhaltigen und vorsorgenden Wasserwirtschaft im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie sein? Dieser Frage wird im folgenden unter anderem anhand von Ergebnissen aus zwei mehrjährigen Forschungsprojekten und einer insgesamt 8-jährigen Zusammenarbeit mit professionellen und privaten Akteuren/innen an der Elbe in der Region Dessau – Bitterfeld – Wittenberg in Sachsen-Anhalt nachgegangen.

## 1 Hintergrund

Die Umsetzung einer nachhaltigen und in gemeinschaftlicher Verantwortung getragenen Wassernutzung auf der Ebene der Region bewegt sich im Feld der Integration umweltrechtlicher Vorgaben aus der EU-Wasserrahmenrichtlinie.<sup>1</sup> Mit ihrem Ziel eines Managements von Flusseinzugsgebieten ist jedoch der hohe Anspruch verbunden, die Ebenen der regenerativen Anforderungen des Umweltguts Wasser und der sozio-ökonomischen Bedingungen seiner Nutzung miteinander zu vereinbaren. Im folgenden wird es dementsprechend um die Diskussion von kommunalen und regionalen Ansatzpunkten für die Umsetzung einer an Nachhaltigkeit und Vorsorge orientierten Wassernutzung, hier am Beispiel der Abwasserwirtschaft sowie um Bedingungen für eine partizipative kommunale und regionale Wassernutzung und „Wasserverwaltung“ gehen. Dies geschieht vor dem Hintergrund eines gesellschaftsbezogenen Naturverständnisses, in dem stoffwirtschaftliche Prozesse in raum-zeitliche Bezüge mit qualitativen und quantitativen Dimensionen eingebunden sind. Die Natur hat unter dieser Perspektive stets eine prekäre Doppelrolle: In dem Transfer und der Weiterverarbeitung von Stoffen für die anthropogene Nutzung ist sie sowohl eine Quelle für Rohstoffe als auch eine Senke für Abfälle.

## 2 Nachhaltigkeit und Vorsorge im wasserwirtschaftlichen Kontext

Grundsätzlich hat die Debatte um das Nachhaltigkeitsparadigma ein hochkomplexes reflexives und diskursives Feld eröffnet. Es beinhaltet die Beschreibung politischer, ökonomischer und sozialer Differenzen zwischen Nord und Süd ebenso wie die Verbindung des Ökologie-Diskurses mit dem Diskurs um soziale Gerechtigkeit auf nationaler Ebene. In ihr stellt sich die Aufgabe einer die Fachdisziplinen übergreifenden Auseinandersetzung zu Fragen nach gerechteren Beziehungen und ausgeglicheneren Chancen. Sie umfasst sowohl Forderungen nach Verteilungsgerechtigkeit als auch ein Nachdenken über Chancen zur Partizipation an der gemeinschaftlichen Nutzung der Umweltgüter. Hier schließt sich ein Vorsorgegedanke an, welcher die enge Verbindung zwischen den Prinzipien einer haushälterischen Versorgungswirtschaft und Erwerbswirtschaft in den Mittelpunkt ökonomischer Betrachtungen stellt. (Vgl. Biesecker/Mathes/Schön/Scurrill 2000) Es betont die grundsätzliche Bedeutung der versorgungswirtschaftlichen Bereiche im Rahmen des Gesamtwirtschaftssystems. (Vgl. Jochimsen/Knobloch/Seidl 1994) und setzt an der Komplexität der Systeme mit ihrem Netzwerk von Rückkoppelungen und Wechselwirkungen an mit dem Ausblick auf eine Wirtschaftsweise, die sich an dem für das Leben Notwendige orientiert. Eine Orientierung am Lebensnotwendigen fordert die Einbeziehung lebensweltlich

---

<sup>1</sup> Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1)

geprägter Standort- und Erfahrungsperspektiven der Menschen im Rahmen sich ständig verändernder Situationen und orientiert sich an der Idee einer ‚Ökonomie aller Mitwirkenden und Betroffenen‘, in der das Produzieren, Verteilen und Verwenden der Güter und Dienstleistungen die Reproduktion aller Elemente des Prozesses mit dem Ergebnis einer zumindest befriedigenden gesellschaftlichen Wohlfahrt umfasst. (Vgl. Biesecker 1998, S. 6 f.) In diesem Sinne bedeutet die Verantwortung für Natur und Umwelt von der handelnden Person eher eine Identifikation mit als eine instrumentelle Zielgerichtetheit innerhalb seiner Umgebung. Grundsätze wie bspw. die Orientierung am Lebensnotwendigen stellen „*die Verantwortung aller in einem Netzwerk von Beziehungen und den Fortbestand dieser Beziehungen*“ (vgl. Hayoz-Kaufmann 1994, S. 37) in den Vordergrund. Eine Ökonomie im Sinne einer vorsorgenden Wirtschaftsweise ist damit immer „*Ökonomie im Kontext*“. (Vgl. Biesecker 1998, S. 29), welche die Prinzipien der Vorsorge Sorge („Caring“), Verantwortung und Wohlbefinden miteinander verbindet. Für etwas sorgen ist in diesem Verständnis getragen von einem Gefühl der Verantwortung für etwas oder für jemanden mit dem Ziel des Wohlbefindens. Vorsorge bedeutet also Umsicht auf Nebenfolgen und Rückwirkungen. Das beinhaltet damit auch den Anspruch der Vermeidung von Umweltschäden aber auch nationaler und internationaler sozialer Ausbeutung. Kooperation im Sinne eines Mit-einander baut auf dem Prinzip der mittel- bis langfristigen Gegenseitigkeit sowie - im Gruppenzusammenhang - auf verpflichtendes Handeln im Rahmen inhaltlicher und emotionaler Bindungen auf. Dies setzt Freiräume zum (Weiter-)Entwickeln gemeinsamer Regeln zum kooperativen Handeln in einem dauerhaften Diskussionsprozess voraus.

Die Vorgaben der EU-Wasserrahmenlinie schließen an das Nachhaltigkeitsparadigma und den Aspekt der Vorsorge an. Denn: Ein nachhaltiges Management von Flussgebieten in der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) fordert die problembezogene Auseinandersetzung mit der Organisation der Wasserwirtschaft, welche zunehmend von Verhandlungen und paradigmatischer Steuerung bestimmt ist. Nationale und internationale Politikstrategien sind damit vor die Aufgabe gestellt, eine adäquate räumliche Referenz für die Einrichtung der Anlagen und die Bereitstellung der Dienstleistung zu finden. Für den vorliegenden Zusammenhang sind insbesondere zwei neue Anforderungen an die Koordinierung und Abstimmung zwischen wasserwirtschaftlichen und anderen Institutionen forschungsrelevant: (1) Art. 14 Abwägung zwischen Umweltzielen und menschlichen Tätigkeiten und (2) Art. 17 Beteiligung der Öffentlichkeit am Management von Flussgebieten.

Die zentrale Frage vor diesem Hintergrund ist, welche Bedeutung die Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie an Beteiligung und Gestaltungskompetenz der professionellen und privaten Interessensgruppen sowie Transparenz von Informationen für die Ebene der „Region“ haben. In der öffentlichen Diskussion bringen Unsicherheiten in der Vereinbarkeit der professionellen Organisation der Wasserwirtschaft mit regional unterschiedlichen bürgerschaftlichen Ansprüchen beispielsweise an eine transparente Preisgestaltung die Umsetzung einer nachhaltigen Flussgebetsbewirtschaftung an ihre Grenzen durch:

- die zum Teil mangelnde Vereinbarkeit von Infrastruktur und naturräumlichen Bedingungen (vgl. Knothe 2003),
- Verständigungsprobleme zwischen professionellen Akteuren der Wasserwirtschaft und Fachplanungen der Verwaltungen im Zuge des Wandels der kommunalen Rollen und Beziehungen zu lokalen ‚stakeholdern‘ (vgl. Libbe/Trapp/Tomerius 2004),

- Schwierigkeiten einer sozial-ökologischen Bewirtschaftung der Ressource Wasser unter dem Privatisierungsdruck der Kommunen (vgl. Kluge/Scheele 2003, Kluge 2005),
- Unvereinbarkeiten („misfits“) von Regulation und Wassernutzung im Spannungsfeld von professioneller Gestaltung und bürgerschaftlichem Engagement (vgl. Fichter 2003, Moss 2003).

Hier offenbaren sich mehrere Probleme: Dies sind vor allem unterschiedliche Geschwindigkeiten von Planung und Organisation auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, unterschiedliche Rhythmen von Kommunikations- und Verhandlungsprozessen zwischen einer Vielzahl von Akteuren und deren Ansprüchen sowie unterschiedliche Formen von Verbindlichkeit, Verabredung und Durchlässigkeit für Maßnahmen und Ansprüche auf regionaler Ebene.

### **3 Wasserwirtschaftliche Steuerungskontexte auf der Ebene der Region**

Die Problemlagen für die Wasserwirtschaft haben sich im Verlauf der vergangenen Jahrhunderte somit erheblich verändert. Im Gegensatz zur Situation im 18. und 19. Jahrhundert sind heute nicht mehr Bevölkerungswachstum, Epidemien und Seuchen sowie eine steigende industrielle Produktion die Antreiber für Organisation der Wasserwirtschaftlichen Dienstleistungen. Vielmehr haben sich die wasserwirtschaftliche Betreiber und Verwaltungen mit schwindendem Gewerbe, schrumpfender Bevölkerungsdichte und einer gesundheits- und umweltpolitisch sensibilisierten Konsumenten/innen auseinander zu setzen.

Für das professionelle Akteurssystem der Infrastruktur- und Dienstleistungsanbieter steigt durch die Wasserrahmenrichtlinie der Bedarf an Strategien eines differenzierten Abwägens zwischen umfassenden Ansätzen zum Flusseinzugsgebietsmanagement und denen der problemorientierten sektorübergreifenden Organisation einer Dienstleistung. Private Haushalte sind auf der Seite der Infrastrukturnutzer mit hohen Wasserpreisen, Grenzen in der Mit-Gestaltung der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur sowie einer Intransparenz über Verfahren und Preisgestaltung konfrontiert. Gleichzeitig steigt das Bewusstsein der Kunden/innen für ökologische Belange, nachhaltige Entwicklung und Gesundheit. Sie entwickeln eine steigende Bereitschaft, sich an der Gestaltung der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur zu beteiligen. Für die professionellen Akteure entsteht in ihrem Problemkontext die Frage, unter welchen Bedingungen sich für die Nutzung von Wasser sowie für das Sammeln von Abwasser die insbesondere in ländlichen Regionen gut geeigneten kleinräumigen Strukturen mit den größeren Zusammenschlüssen der Wasserver- und Abwasserentsorgungsdienstleistungen jeweils stabilisieren und wechselseitig miteinander vereinbaren können (sozial und regional angepasste Strategien). Für private Haushalte wird die Frage zunehmend relevant, was Bedingungen sein können für eine Stärkung der Gestaltungskompetenz und -macht für Bürger/innen und /Konsumenten/innen in einer existentiell notwendigen Versorgungsinfrastruktur/-dienstleistung.

Entlang von drei unterschiedlichen Pfaden zur Nutzung, Gestaltung und Beteiligung exemplarisch dargestellt anhand von Ergebnissen aus drei Projekten werden im folgenden unterschiedliche Problemdimensionen einer regionalen Wasserwirtschaft angesprochen. Sie skizzieren den komplexen Zusammenhang von Regulation und Steuerung in der Bewirtschaftung von Flussgebieten.

### 3.1 Nutzungspfade – Quellen- und Senkenbeziehungen im in der Wasserinfrastruktur am Beispiel der Region Dessau – Bitterfeld – Wittenberg

Die Region Dessau – Bitterfeld – Wittenberg ist zu einem großen Teil Vorranggebiet für die Wassergewinnung oder Trinkwasserschutzgebiet. Aus diesen Gebieten werden nicht nur die Kommunen in der unmittelbaren Nachbarschaft versorgt, sondern auch andere Regionen des Landes Sachsen-Anhalt, bspw. die Stadt Magdeburg. Eine Betrachtung des Verhältnisses von Abwasserbeseitigung und Grundwasser als wichtige Quelle der regionalen Trinkwassergewinnung mit Daten bis zum Jahre 2003 beschreibt im folgenden exemplarisch die unter Punkt 2 dargestellte Konfliktkonstellation.<sup>2</sup>

#### *Abwasserbeseitigung – Grundwasser als Senke fehlerhafter Infrastruktursysteme*

Der Anschlussgrad an kommunale Kläranlagen lag in den befragten Gemeinden in der Untersuchungsregion im Jahre 2000 zwischen 75 und 95%. Doch trotz Kläranlageneubau, Anlage von Kanalisationsnetzen, gestiegener Anschlussgrade an Kanalisation und Kläranlagen existieren Einträge von Abwässern unter anderem in das Grundwasser jedoch nach wie vor. Gründe dafür liegen sowohl in Unvereinbarkeiten von den Eigenschaften des Grundwasserregimes in der Elberegion und der technischen Infrastruktur als auch in der Organisation des Infrastrukturmanagements selbst.

- a. Schadhafte und überforderte Kanalisation und Abwasseraufbereitung  
Im Elbe-Mulde-Einzugsgebiet gibt es eine direkte Verbindung zwischen Grundwasser und Oberflächengewässern. Das Überschwemmungswasser der jährlichen Elbhochwasser bestimmt direkt den Grundwasserstand. Im Stadtgebiet Dessaus beispielsweise drückt vor allem das Grundwasser in die defekten Rohrleitungen und damit in die Kläranlage. Der Anteil des Grundwassers macht dort ca. ein Viertel des Gesamtwasseraufkommens aus. Ein weiteres Viertel ist Regenwasser und die restlichen zwei Viertel sind reguläre Abwässer.
- b. Regulation der Grundwasserstände  
Mit Schließung mehrerer Großbetriebe in der Region ist das Grundwasser, da es lokal und regional nicht mehr abgepumpt wird, angestiegen. Diese Situation verschärft nicht nur den Bedarf an Sicherheit im Hinblick auf die absolute Dichtigkeit der zentralen oder potenziellen dezentralen Anlagen, sondern auch der zentralen Kanalisationsleitungen.
- c. Schwer abbaubare diffuse Schadstoffeinträge  
Im Elbeeinzugsgebiet wird im Hinblick auf das Weg-/Zeitverhalten der Grundwasserströme von Verweilzeiten zwischen unter einem Jahr und mehr als 250 Jahren ausgegangen. Das Regenerationspotenzial von Grundwasser und seine Qualität hängen somit unmittelbar vom spezifischen Gang des Wassers durch die Bodenpassage und den Grundwasseraquifer ab. Probleme für die Grundwassercharakteristik entstehen im Zusammenhang mit der Abwasserbeseitigung vor allem im Bereich der ländlichen Kanalisation. Lange Verweildauern des Abwassers tagsüber im Kanal schaffen nicht nur

---

<sup>2</sup> Diese Informationen basieren auf Ergebnissen aus der Dissertation „Ansätze für eine nachhaltige und vorsorgende Wasserwirtschaft in der Region. Fallstudie zur Organisation der Abwasserwirtschaft im Elbe – Mulde – Einzugsgebiet, Dissertation Universität Lüneburg, vgl. Knothe 2003

Probleme für den kontinuierlichen Betrieb der Kläranlagen, sondern sie führen ebenfalls auch zu diffusen Einträgen von Abwasser ins Erdreich und Grundwasser.

- d. Unterschiedliche Bewertung naturräumlich angepasster Aufbereitungsverfahren  
Semi-zentrale oder dezentrale Anlagen als potenzielle an die naturräumlichen Gegebenheiten angepasste Alternativen werden einerseits aufgrund nicht überschaubarer Zulaufbedingungen als kritisch betrachtet. Auf der anderen Seite werden sie technisch unter der Bedingung befürwortet, dass die Nutzer/innen in der Aufsicht und Wartung der Anlagen verlässlich sind. In diesem Zusammenhang wird von einem Interviewpartner eines Zweckverbands gerade deshalb für dezentrale haushaltsbezogene Dienstleistungen plädiert, weil dann die Haushalte eine eigene Verantwortung übernehmen müssen.
- e. Sinkende Investitionsförderungen  
Im Stadtgebiet Dessaus ist die Kanalisation bereits über 100 Jahre alt und es besteht trotz bereits erfolgter Restaurierungen ein erheblicher Sanierungsbedarf. Die Investitionskurve für Sanierung und Neubau geht jedoch aufgrund sinkender Investitionsförderungen mehr und mehr herunter. Wurden bisher vom Land Sachsen-Anhalt ehemals 30 Mio. DM als Fördermittel gewährt, betragen diese Mittel zum Zeitpunkt der Untersuchung nur noch 15 Mio. DM.

#### *Unvereinbarkeiten zwischen Stoffwirtschaft und Infrastruktur*

Dieses Beispiel ist die Momentaufnahme insgesamt einer Reihe von Unvereinbarkeiten im Spannungsfeld stofflicher Belastungs- und anthropogener Nutzungspfade. Sie können auf drei Ebenen zusammen gefasst werden.

- a. Aufspaltung „Produktlinie“ Wasser auf organisatorischer, regulatorischer und ökonomischer Ebene  
Eine diffuse Verteilung von Verantwortung in der Genehmigung und Kontrolle zwischen Behörden, Zweckverbänden, Landkreisen und Land belässt Konflikte auf unterschiedlichen Ebenen stofflicher Produktion und Reproduktion nahezu unsichtbar und damit unbewältigbar. Dies betrifft bspw. die Zuständigkeiten Unterer Wasserbehörden im Zusammenhang mit wasserwirtschaftlichen Belangen in den Außenbereichen der Kommunen. Es betrifft aber auch das Dilemma der Abwasserzweckverbände, Spielräume für zusätzliche differenzierte Angebote, sei es im technischen oder im Beratungsdienstleistungsbereich durch den enormen wirtschaftlichen Druck nicht wahrnehmen zu können.
- b. Diversitäten“ der Systeme – die unterschiedlichen raum-zeitlichen Ansprüche von stofflichen und technischen Systemen  
Bisher ist in den Vorgaben von Politik und Verwaltung an die Organisation der Abwasserentsorgung der Wert des zentralen Anschlussgrads Messlatte und Erfolgsbarometer gleichermaßen für eine erfolgreich arbeitende Entsorgungswirtschaft. Doch ein hoher Anschlussgrad privater Haushalte und öffentlicher Einrichtungen verhindert nicht unbedingt einen unkontrollierten Eintrag von Grenzwerte überschreitenden Stoffen in das Gewässersystem.
- c. Verteilung oder Teilhabe – Zentralisierte und/oder regionalisierte Regulation  
Es gibt darüber hinaus kein Verfahren, in dem bspw. Landkreise und Kommunen

vorausschauende innovationsorientierte eigene Anforderungen an die Abwasserentsorgung stellen können. Daher kommt es zu Konflikten in den Ansprüchen von Fachbehörden, landkreisübergreifenden Abwasserzweckverbänden und den zwischen den Institutionen steckenden Gemeindeverwaltungen. Unter diesen Bedingungen haben Gemeinden nur geringe Potenziale für eine Beteiligung von BürgerInnen an der Gestaltung der Abwasserwirtschaft. (Vgl. Knothe 2003)

### **3.2 Gestaltungspfade – Perspektiven des professionellen Systems der Wasserwirtschaft auf das Flussgebietsmanagement**

Im Rahmen einer eigenen Befragung von professionellen Akteuren der Wasserwirtschaft zu ihrem Hintergrundwissen und ihren Trainingsanforderungen hinsichtlich der Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie aus dem Jahre 2003<sup>3</sup> haben sich die kommunalen und regionalen Akteure als Hauptverantwortliche für die Umsetzung der Richtlinie verstanden. Insbesondere einige ehemals ehrenamtlich und nun professionell arbeitende Wasserverbände sahen Chancen für eine Gestaltung der Wasserwirtschaft in einem breiten öffentlichen und sozialen Kontext. Im Falle einer nicht nur auf Verwaltung beschränkten Umsetzung wurde angenommen, dass wesentlich mehr Menschen und Sektoren Aufmerksamkeit für das Medium Wasser entwickeln werden. Die Wahrnehmung für eigene Belange und für die des Wassers als solches würden nach Meinung einiger Befragten steigen. Darüber hinaus könnten Optionen geschaffen werden für einen breiteren Diskurs über Wasserverbrauch und Verhandlungen unterschiedlicher Interessen. Im Falle allerdings einer hauptsächlich verwaltungstechnischen Umsetzung des Flussgebietsmanagements, würde dem Artikel 14 nur eine geringe Rolle zufallen. Bei einer breiteren Umsetzungsstrategie sähen sich einige Vertreter der professionellen Verbände und Betreiber in der wichtigen Rolle als Bereitsteller und Dienstleister, aber auch in der Situation, aufgrund ihres professionellen und regionalen Know-Hows, differenziert auf technische und soziale Anforderungen in der Organisation der Wasserwirtschaft auf kommunaler und regionaler Ebene eingehen zu können. In der Erwartung einer zunehmenden Debatte mit steigender Akteurszahl wurden entsprechend weiterführende Informationswünsche vor allem hinsichtlich der Rollenverteilung in der Umsetzung der Richtlinie sowie der entsprechenden administrativen, planerischen und technischen Konsequenzen für die beteiligten Institutionen formuliert.

Verwaltungsvertreter/innen wiederum sahen sich vor die Herausforderung gestellt, bald mit einer hohen Diversität planerischer und administrativer Ebenen umgehen zu müssen. Aus ihrer Sicht wurde unter anderem die Vertiefung des eigenen Wissens zu Fragen der strukturellen Implementation der rechtlichen Vorgaben genannt. Die Vertreter/innen haben zum Zeitpunkt der Befragung schon den steigenden Verwaltungs- und Kommunikationsbedarf auf sich zukommen sehen, vor allem im Bereich von Genehmigungen unterschiedlichster Art. Gerade auch mit Blick auf die grundsätzlich neue abstrakte Sprache und Terminologie der Richtlinie wurde ein potentiell hoher

---

<sup>3</sup> WEST – Water EconomicS Training", Office International de l' Eau (OIEau), Limoges, Frankreich, 2003; EU 5. Forschungsrahmenprogramm, DG Research, Brüssel, Belgien 2003; Unterauftrag zur Analyse und Erhebung des Bedarfs für Weiterbildung in der Wasserwirtschaft in Deutschland zur EU-Wasserrahmenrichtlinie, unveröffentlicht, siehe unter: [www.oieau.org.west](http://www.oieau.org.west)

Informationsbedarf im Bereich der Auslegung der Vorgaben sowie die Umsetzung der ökonomischen Anforderungen des Kostendeckungsprinzips erwartet.

### **3.3 Beteiligungspfade – Wünsche von Konsumenten/innen an eine zukünftige Gestaltung der Wasserwirtschaft**

In Zusammenarbeit mit engagierten Bürgern/innen aus der Region Mulde-Mündung in Sachsen-Anhalt wurden im Rahmen des Forschungsverbund „Blockierter Wandel?“<sup>4</sup> Ansätze für zukünftige Strategien nachhaltiger und vorsorgeorientierter Nutzungsformen für Wasser auf der Ebene der Region entwickelt. Aus dem versorgungswirtschaftlichen Engagement von Bürgern/innen wurden Informationen erarbeitet zu innovativen Elementen für die Gestaltung von wasserwirtschaftlichen Dienstleistungen und daraus Bedingungen einer Stärkung der Gestaltungskompetenz und -macht für Bürger/innen in der Organisation der Wasserwirtschaft abgeleitet. (Vgl. Knothe 2006) Die Ergebnisse der Arbeit dokumentieren die hohe Aufmerksamkeit der Konsumenten/innen für den Wert der Ressource Wasser und der entsprechenden Versorgungsdienstleistung insbesondere durch die positiven Veränderungen in der Effizienz, der Qualität und der Verlässlichkeit der Dienstleistung seit 1990. Die Gespräche zeigen, dass die Wahrnehmung wasserwirtschaftlicher Dienstleistungen eng verknüpft ist mit der Reflexion eigener Erfahrungsprozesse im Verlauf der Transformation ostdeutscher Wasserinfrastrukturverhältnisse.

Speziell gefragt nach ihren Wünschen und Anforderungen an eine zukünftige nachhaltige Gestaltung der Wasserwirtschaft in ihrer Region gehen die Meinungen auseinander. Eine Gesprächspartnerin glaubt, dass das Verhältnis von Dienstleistung und Konsum an sich eine Garantie für eine gute Organisation ist, meint aber auch, dass bereits mehr über alternative Lösungen im Abwasserbereich nachgedacht würde. Einige wünschen sich mehr Transparenz und gezielte Information. Eine Gesprächspartnerin wünscht sich *„...dem Kunden mal ein bisschen mehr zu sagen, auch positive oder negative Effekte. Auch negative Sachen kann man ja mitteilen, wenn irgendwas passiert ist. Es kann ja nun nicht alles bloß positiv sein.“* (Int2/5) Sie bedauert, dass ein geringerer Wasserverbrauch eine trotzdem gleichbleibende finanzielle Belastung bedeutet. Sie hätte gerne Ideen vorgestellt bekommen, die Möglichkeiten beschreiben, wie Wassernutzung und Abwasserentsorgung alternativ gestaltet werden können. Darin drückt sich generell die Hoffnung auf mehr Flexibilität in Beratung und technischem Angebot. Als verbesserungswürdig wird von einem anderen Gesprächspartner auch die Informationsarbeit für die Bürger/innen angesehen. Ein Gesprächspartner kritisiert die Angaben zu den derzeitigen Durchschnittswerten im Internet. Sie erscheinen ihm nichtssagend. Er wünscht sich mehr Information darüber, wie sich die Preise unter sozio-ökonomischen Gesichtspunkten einer Stadtentwicklung zusammensetzen (Anteil Kläranlage, Anteil Personal, Gelder von Aktienunternehmen, Gehalt der Vorstände der Stadt offen legen etc.) Durchaus selbstkritisch reflektiert ein Gesprächspartner, dass es in der Gesellschaft keine große Sensibilisierung für die Leistungen der Wasserwirtschaft gibt. *„Also, es kann auch eine riesengroße, gigantische Leistung sein, die jeden Tag aufs Neue erbracht wird, aber man würdigt sie nicht so richtig.“* (Int2/9)

---

<sup>4</sup> Forschungsverbund „Blockierter Wandel? Denk- und Handlungsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung“. Gefördert im Rahmen des Programms Sozial-ökologische Forschung (SÖF) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) (2003-2006), Teilprojekt ‚Umwelträume‘

Auf die Frage, was für die Gesprächspartner/innen entscheidende, unbedingt umzusetzende Kriterien, Punkte, Forderungen für eine sozial und umweltgerechte Wasserwirtschaft wären, ist eine Aussage, dass die Nähe zu dem, wo das Wasser herkommt und wo es hingehet, sichtbar gemacht und aus der Anonymität herausgeholt werden sollte. Dies könnte die Organisation von selbstverwalteten Managementsystemen bspw. in einem Stadtteil sein und würde das Gut Wasser erfahrbarer machen, so *„dass Bürger wirklich diesen Einfluss wahrnehmen können“*. (Int2/5). Mit dem Wunsch nach Transparenz ist gleichzeitig aber auch der Wunsch verbunden, dass Bürger/innen Einspruchsmöglichkeiten selber mehr aktiv nutzen. Leider fehlt die entsprechende Unterstützung. *„Es gibt ja diese Verbraucherzentralen oder auch diese Energiebüros. Aber für Wasser gibt es das nämlich eigentlich nicht, das wäre natürlich auch `ne spannende Einrichtung, so `nen .. Wasserinformationsbüro...“* (Int2/5) Vor dem Hintergrund der enormen sozialen Belastungen in der Region durch demographischen Wandel, Arbeitslosigkeit und Rückgang des Gewerbes resümiert die Gesprächspartnerin mit Blick auf die Aufgeschlossenheit und das Interesse von Bürgern/innen an der Wasserwirtschaft: *„Ich denke mal, es funktioniert, wenn Menschen ihrem normalen Arbeitsprozess nachgehen können und dieses Problem [der Arbeitslosigkeit, B.K.] nicht haben, und dann darüber hinaus plötzlich über andere Dinge nachdenken. Also, hat da auch mit `ner sozialen Ebene zu tun, mit `ner Sicherheit und darüber hinaus kannst Du Dich mit anderen Dingen intensiver beschäftigen.“* (Int2/5) In einem anderen Gespräch wird die Möglichkeit gefordert, sich von vorne herein am ganzen Konzept der Wasserwirtschaft mit beteiligen zu können, d.h. mit Ideen, aktive Mitarbeit usw. In Prozessen von Neuentwicklungen, die den jeweiligen Bürger angehen, sollte klar werden, dass es Gestaltungsspielräume gibt, die Bürger/innen nutzen können und dass Vorschläge von den Professionellen intensiv mit interessierten Bürgern/innen diskutiert werden. Stadtwerke könnten sich nach Meinung dieses Gesprächspartners noch mehr zum Dienstleister entwickeln durch das Angebot einer verstärkten Beratung. Er schätzt Beratung als ein sich entwickelnder Markt ein, der in dem Maße zunimmt, wie die Preise steigen.

Ein Gesprächspartner betont ausdrücklich die zentrale Rolle der Wasserwirtschaft für das Gemeinwohl einer Region, eines Landes oder eines Staates. Er meint, dass etwas für die Bürger existentiell Wichtiges nicht *„den freien Spielen der wirtschaftlichen Kräfte“* (Int2/11) überlassen bleiben darf. Es müssen Grenzen da sein, weil sonst das alleinige Ziel ist, Gewinne zu maximieren. Insofern ist für ihn Wasserwirtschaft auch eine Frage der Gestaltung von Gesellschaftspolitik. Sie ist für ihn eine Infrastruktur, *„die gehört einfach immer ins Zentrum des öffentlichen Interesses oder auch der öffentlichen Hand.“* (Int2/11)

#### **4 Expertinnen und Experten des Wandels**

Die geschilderten Hintergründe führen zu der Annahme, dass die Herstellung nachhaltiger Verhältnisse – im empathischen Sinne gemeint mit demokratische und gerecht – nicht nur als eine Frage geeigneter technischer und/oder ökonomischer Konzepte begriffen werden muss, sondern als eine von öffentlicher Praxis und sozialer Kreativität. Gesellschaftliche Aushandlungen im Feld von professionellem und alltagspraktischem Wissen, Nicht-Wissen sowie Unvorhersagbarkeit erfordern flexible Verständigungs- und Begegnungsräume. Dies sind Räume, die Blockaden in der Kommunikation zwischen Akteuren, in problembezogener Auseinandersetzung und im eigenen Selbstverständnis für gesellschaftliches Engagement überwinden helfen. (Vgl. Forschungsverbund Blockierter Wandel 2006, in Veröffentlichung)

Gerade im Handeln aktiver und aufgeschlossener Kund/innen eröffnet sich vor diesem Hintergrund das Feld für eine offene und konstruktive Auseinandersetzung aller gesellschaftlichen Akteure an der Gestaltung der Wasserwirtschaft. Dass eine hohe Sensibilität der professionellen Akteure für anstehende strukturelle Veränderungen sowie ein hohes Potenzial an Engagement für wasserwirtschaftliche Belange bei Bürgern/innen bestehen, haben die Ausführungen gezeigt. Sie dokumentieren ein differenziertes Verständnis von den zukünftigen Anforderungen an wasserwirtschaftliche Dienstleistungen sowie ein proaktives Verhalten in der Bereitschaft, Veränderungsprozessen konstruktiv zu begegnen und sie im gemeinschaftlichen Zusammenwirken zu gestalten.

Daraus ergeben sich mehrere praxisrelevante Ansatzpunkte für zukünftige Strategien in der Gestaltung der Wasserwirtschaft. Zunächst kann das Aufgreifen alltagsrelevanter Problemstellungen, die im eigenen Haushalt wahrgenommen und gelöst werden, für engagierte Bürger/innen ein Startpunkt sein für die Orientierung in einer ansonsten unsichtbaren Netzinfrastruktur. Das versorgungswirtschaftliche Engagement privater Haushalte kann für professionelle Betreiber wiederum Kristallisationskerne bilden für innovative Elemente in der Gestaltung wasserwirtschaftlicher Dienstleistungen. Die persönlichen Motivationen, biografischen Hintergründe und das individuelle soziale Umfeld engagierter Konsumenten/innen aus privaten Haushalten schaffen Bedingungen für ein versorgungswirtschaftliches Engagement, welches in seinem öffentlichkeitswirksamen Gestaltungsanspruch gesellschaftspolitische Relevanz bekommt. Gerade über einen konkreten problem-orientierten Zugang kann eine Kommunikation in Gang kommen zwischen Vertretern/innen des offiziellen Wassermanagements und Haushaltsmitgliedern, in welchem Kontakt und Austausch zwischen professionellem und alltagspraktischem Wissen möglich werden können. Professionelles und privates Engagement treffen sich auf der Ebene des konkreten Haushalts, gleichermaßen als Ausgangspunkt und Ziel aller Bemühungen zur Organisation und Bereitstellung wasserwirtschaftlicher Dienstleistungen. Die spezifischen Anfragen und Bedürfnisse können so Ausgangspunkte dafür werden, differenzierte Infrastrukturmodelle sowohl umwelt- und sozialverträglich als auch konstruktiv ergebnisoffen zu verhandeln. (Vgl. Knothe 2006, in Veröffentlichung)

## **5 Ausblick**

Das Wissen und die Kompetenz aus alltagspraktischen Erfahrungen engagierter Bürger/innen anerkennen und gestalterisch aufzugreifen erfordert experimentelle, vielleicht sogar provokante Maßnahmen, die Raum und Zeit bieten für Aushandlung und Verständigung. Eine solche Verständigung und Begegnung bietet Anschlussfähigkeit für verschiedenste Akteure und Aktivitäten, aber auch Reibungsflächen. Dadurch sind sie auch unbequem. Verständigungs- und Begegnungsräume brauchen eine Trägerstruktur oder einen institutionellen Rahmen. (Vgl. Forschungsverbund Blockierter Wandel 2006, in Veröffentlichung) Die Nähe zu dem, wo das Wasser herkommt und wo es hingehet, mehr sichtbar und erfahrbar zu machen, es aus der Anonymität heraus zu holen, drücken solche Vorschläge wie die Einrichtung von selbstverwalteten Managementsystemen bspw. in einem Stadtteil oder eines Wasserinformationsbüro aus. Hier kann Transparenz im Marktgeschehen entstehen und das Umweltgut Wasser erfahrbar werden. Dies setzt die Anerkennung von Kommunen als gemeinwohlsichernde Struktur voraus. Ihre Stärkung kann nur geschehen durch die Ermächtigung und Beteiligung engagierter Bürger/innen und

Konsumenten/innen und das Aufgreifen ihres versorgungswirtschaftlichen Engagements als sorgende Tätigkeiten.

Indem privates Handeln als Partizipation anerkannt und bürgerschaftliches Engagement konstruktiv als Gestaltungspotenzial für gesellschaftliche Organisationsstruktur aufgenommen wird, kann Unsichtbares in regionalem Engagement und in regionalen Wissensbeständen sichtbar werden. Dies beschreibt eine Strategie der Ermöglichung, wo Staat, Verwaltung und Bürger/innen gemeinschaftlich und in wechselseitigem Prozess voneinander lernen und im besten Falle vorsorgend agieren.

### Zitierte Literatur

Biesecker, Adelheid (1998): Shareholder, Stakeholder and beyond – Auf dem Weg zu einer Vorsorgenden Wirtschaftsweise, Bremer Diskussionspapiere zur Institutionellen Ökonomie und Sozialökonomie, Bremen

Biesecker, Adelheid / Mathes, Maite / Schön, Susanne / Scurrall, Babette (Hg.) (2000): Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des guten Lebens, Bielefeld

Fichter, Heidi (2003): Vom Naturraum zum politischen Handlungsraum: Neue Governanceformen in veränderten Raumkontexten. In: Moss, Timothy (Hrsg.) (2003): Das Flussgebiet als Handlungsraum. Institutionenwandel durch die EU-Wasserrahmenrichtlinie aus raumwissenschaftlichen Perspektiven, Erkner/Berlin, S. 177 – 21

Forschungsverbund Blockierter Wandel? (Hrsg.) (2006): Blockierter Wandel? Denk- und Handlungsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung, oekom Verlag; München, in Veröffentlichung

Hayoz-Kaufmann, Ruth (1994): Verantwortung aus Mitgefühl. Die Beziehung zur Natur als Basis für umweltverantwortliches Wirtschaften. In: Politische Ökologie, Sonderheft 6, a.a.O., S. 36-39

Jochimsen, Maren / Knobloch, Ulrike / Seidl, Irmi (1994): Vorsorgendes Wirtschaften. Konturenskizze zu Inhalt und Methode einer ökologisch und sozial verträglichen Ökonomie. In: Vorsorgendes Wirtschaften. Frauen auf dem Weg zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit, Politische Ökologie, Sonderheft 6, S. 6-11

Kluge, Thomas (2005): Ansätze zur sozial-ökologischen Regulation der Ressource Wasser – neue Anforderungen an die Bewirtschaftung durch die EU-Wasserrahmenrichtlinie und Privatisierungstendenzen, netWORKS-Papers Nr. 15, Berlin

Kluge, Thomas / Scheele, Ulrich (2003): Transformationsprozesse in netzgebundenen Infrastruktursektoren. Neue Problemlagen und Regulationserfordernisse, netWORKS-Papers Nr. 1, Berlin

Knothe, Bettina (2003): Ansätze für eine nachhaltige und vorsorgende Wasserwirtschaft in der Region. Fallstudie zur Organisation der Abwasserwirtschaft im Elbe – Mulde – Einzugsgebiet, Dissertation Universität Lüneburg, elektronische Veröffentlichung unter <http://www.kirke.ub.uni-lueneburg.de/opus/volltexte/2003/206>

Knothe, Bettina (2006): Verteilung oder Teilhabe? – Wasserwirtschaft im Spannungsfeld neuer Steuerungskontexte In: Schriftenreihe des Institutes für Wasserwirtschaft und Ökotechnologie, "Magdeburger Wasserwirtschaftliche Hefte": Band 4 (in Veröffentlichung)

Libbe, Jens / Trapp, Jan Hendrik / Tomerius, Stephan (2004): Gemeinwohlsicherung als Herausforderung – umweltpolitisches Handeln in der Gewährleistungskommune, netWORKS-Papers Nr. 8, Berlin

Moss, Timothy (Hrsg.) (2003): Das Flussgebiet als Handlungsraum. Institutionenwandel durch die EU-Wasserrahmenrichtlinie aus raumwissenschaftlichen Perspektiven, Erkner/Berlin

#### Autorinneninfo

Bettina Knothe, Dr. rer. nat., Dipl.-Biologin, Hotelkauffrau; seit 1993 wissenschaftliche Tätigkeit in den Bereichen eigenständige Regionalentwicklung und regionalökonomisches Management, Umweltbildung, internationale Umweltpolitik im Bereich Wasser sowie Transformationsprozesse in der Wasserwirtschaft, Frauen- und Geschlechterforschung in den Naturwissenschaften, seit 1990 Konzeption und Durchführung von Bildungsseminaren in der politischen Erwachsenenbildung und Arbeitnehmer/innenweiterbildung; (Gründungs-)Mitglied im TrainerInnen-Netzwerk *genderWerk* – Bildung, Forschung, Beratung ... auf dem Weg zur Gleichstellung von Männern und Frauen, Berlin